

## **Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.**

Wolfgang Kleindienst; stellvert. Landesvorsitzender; 07381 Pöbneck; Hohe Straße 13  
Tel. 03647 423223 --- Fax 03647 442046; Funk 0179 1278183; E-Mail: [kleindienst@birso.de](mailto:kleindienst@birso.de)

Pöbneck, den 09.02.2003

### **Pressemitteilung**

In einem dreistündigen Gespräch der Bürgerallianz Thüringen mit Innenminister Andreas Trautvetter wurde über die Auswertung der Tiefenprüfungen von Wasser- und Abwasserverbänden in Thüringen durch das Innenministerium, über fehlerhafte Bilanzen der drei Wasser- und Abwasser GmbH (den Rechtsvorgängern der Zweckverbände), über Herstellungsbeiträge für s.g. „Altanschlußnehmer und über Verbraucherbeiräte diskutiert. Die Bürgerallianz und der Innenminister wollen den Dialog fortführen.

Die Ergebnisse der Tiefenprüfungen sollen, nachdem sie dem Landtag vorgestellt wurden, in den Sitzungen der Zweckverbände öffentlich behandelt werden. Die Bürgerallianz ist enttäuscht, daß die Zusage des ehemaligen Innenministers Köckert, Bürgerinitiativen bei der Auswertung der Handlungsempfehlungen vor Ort in den Zweckverbänden mit einzubeziehen, nicht erfüllt wird. Der neue Innenminister kann diese Versprechungen nicht übernehmen, da sie kommunalrechtlichen Bestimmungen widersprechen. Weiterhin wurde bekannt, daß es im Rahmen der Tiefenprüfung keine Prüfung der drei Rechtsvorgänger, den drei Wasser- und Abwasser GmbH in Thüringen gab. Somit ist für uns die Tiefenprüfung unvollendet und nur Makulatur.

Die Bürgerallianz hat am Beispiel der OWA GmbH (Ostthüringer Wasser- und Abwasser GmbH) nachgewiesen, daß z.B. zwischen 1990 und 1993 Altanlagen des VEB WAB in dreistelliger Millionen DM Höhe nochmals refinanziert wurden und letztendlich die Zweckverbände Verbindlichkeiten der OWA übernehmen mußten, die wir in Frage stellen. Am Beispiel des ZV „Mittleres Elstertal“ in Gera hat unser Mitglied, Herr Siegfried Guddat, nachgewiesen, daß die Kalkulation und die Globalberechnung gravierend gegen das Kostendeckungsprinzip im ThürKAG verstößt. Der Innenminister wurde aufgefordert unsere Feststellungen zu widerlegen.

Zur Zeit gibt es große Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit des Landes Thüringen für die aus unserer Sicht grob fahrlässigen Handlungsweisen der jeweils verantwortlichen Aufgabenträger in der Vergangenheit. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen von Land, Kommunalaufsichten und Zweckverbänden kennzeichnen den desolaten Zustand.

Bei den Verbraucherbeiräten werden wir dem Innenministerium konkrete Beispiele liefern, wo deren Arbeit vom Zweckverband blockiert wird oder wo ein Verbraucherbeirat gar nicht gewollt ist. Die Bürgerallianz hat ihre Enttäuschung dargestellt, wie verantwortungslos verschiedene ZV mit den Verbraucherbeiräten umgeht.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst  
Stellvertretender Landesvorsitzender